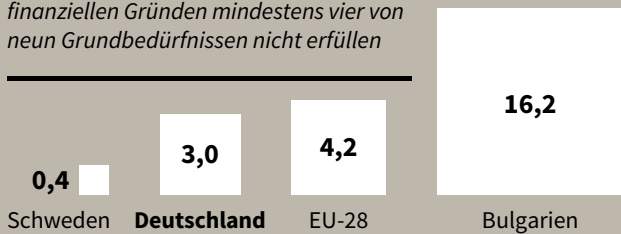


Neue Dimensionen

Armut in Europa

So viel Prozent der Bevölkerung hatten 2015 weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten Medianeinkommens pro Kopf zur Verfügung und konnten sich aus finanziellen Gründen mindestens vier von neun Grundbedürfnissen nicht erfüllen



Ursprungsdaten: Eurostat
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Armut in Europa. Statt nur auf die Einkommen zu schauen, berücksichtigen multidimensionale Armutsindizes auch Kriterien wie das Bildungsniveau, das Wohnumfeld und die Gesundheit. Die Bundesrepublik ist demnach das Land mit der achtniedrigsten Armutsquote in der EU-28. Der deutsche Indexwert liegt gut 30 Prozent unter dem EU-Durchschnitt und hat sich zudem seit dem Jahr 2008 um 7,5 Prozent verringert.

→ [Seiten 2-3](#)

20%
der Bevölkerung in Deutschland kaufen immer oder oft Biolebensmittel.

→ [Seite 9](#)

Befragung von 2.117 Personen ab 14 Jahren im Jahr 2014

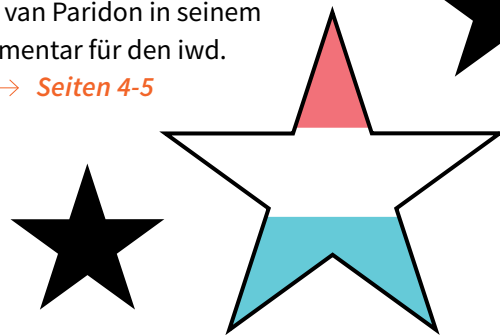
Quellen: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Wahlkampfthema Gesundheit

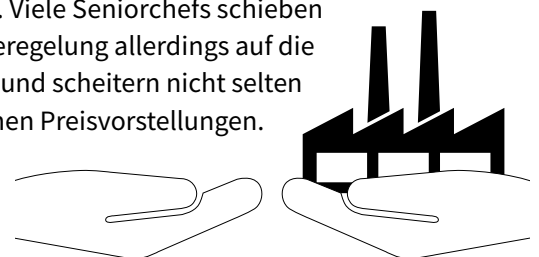
Niederlande. Die Parlamentswahlen in den Niederlanden am 15. März werden spannend – der Populist Geert Wilders will unter anderem mit seiner Kritik am niederländischen Sozialsystem punkten. Tatsächlich bereitet den Niederländern ihre teure Gesundheitsversorgung Kopfschmerzen. Ansonsten haben sie aber kaum Grund zur Klage – die wirtschaftliche Lage ist ausgesprochen gut. Die Niederländer wissen, dass sie dies nicht zuletzt dem freien Handel in der EU zu verdanken haben, betont auch der Wirtschaftsprofessor Kees van Paridon in seinem Kommentar für den iwd.

→ [Seiten 4-5](#)



Zu spät, zu teuer

Unternehmensnachfolge. Knapp 30.000 inhabergeführte Unternehmen stehen jedes Jahr in Deutschland zur Übergabe an. Viele Seniorchefs schieben die Nachfolgeregelung allerdings auf die lange Bank – und scheitern nicht selten an überzogenen Preisvorstellungen.



→ [Seiten 10-11](#)

Nicht nur eine Frage des Einkommens

Armut in Europa. Im Wahlkampfjahr 2017 scheint Gerechtigkeit das alles überstrahlende Thema zu sein – nicht nur in Deutschland. Doch wer Armut wirksam bekämpfen will, braucht zuerst einmal eine schlüssige Definition von Armut – sie ausschließlich am geringen Einkommen festzumachen, greift zu kurz. Besser sind multidimensionale Ansätze mit zusätzlichen Kriterien.

Sobald in irgendeiner Talkshow über Armut gesprochen wird, taucht stets eine Zahl auf: 60 Prozent. Denn wer weniger als 60 Prozent des sogenannten bedarfsgewichteten Medianeinkommens zur Verfügung hat, gilt nach offizieller Lesart als arm, genauer gesagt: als armutsgefährdet.

An dieser Elle gemessen, reichen die Armutsquoten in der EU-28 von 9,7 Prozent in Tschechien über 16,7 Prozent in Deutschland bis zu 25,4 Prozent in Rumänien – im Schnitt sind es 17,3 Prozent.

Geht es nicht nur um Armutsgefährdung, sondern um Armut selbst, kommt neben dem Einkommen eine zweite Komponente ins Spiel: die Deprivation, also ein Zustand der Entbehrungen. Als depriviert gilt, wer sich aus finanziellen Gründen mindestens vier von neun Grundbedürfnissen nicht erfüllen kann: die Miete zahlen, die Wohnung heizen, unerwartete Ausgaben finanzieren, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige Mahlzeit essen, eine Woche Urlaub pro Jahr machen sowie ein Auto, einen Farbfernseher, eine Waschmaschine und ein Telefon besitzen.

Allerdings sagt auch diese Definition allein wenig über Armut. Denn schaut man nur auf die Entbeh-

Armut in Europa: Ein multidimensionaler Ansatz

Index über die sechs Kriterien Einkommen, Deprivation, Erwerbsbeteiligung, Bildung, Wohnen und Wohnumfeld sowie Gesundheit im Jahr 2015
(Median jedes Einzelindikators für alle Länder im Zeitraum 2008 bis 2015 = 100);
je niedriger der Indexwert, desto niedriger die Armut

Schweden	59
Finnland	74
Luxemburg	75
Tschechien	78
Niederlande	80
Österreich	85
Dänemark	85
Deutschland	85
Frankreich	92
Slowenien	96
Slowakei	99
Vereinigtes Königreich	102
Estland	104
Belgien	110
Malta	123
Polen	127
Spanien	128
Irland	130
Litauen	136
Zypern	147
Kroatien	160
Portugal	166
Italien	176
Ungarn	184
Lettland	190
Rumänien	225
Griechenland	227
Bulgarien	233

Irland: 2014

Ursprungsdaten: Eurostat
© 2017 IW Medien / iwd

rungen, dann wäre auch eine Person arm, die zwar ein auskömmliches Einkommen erzielt, dieses aber für alles Mögliche ausgibt, nur nicht für Güter des Grundbedarfs.

Die konsistente Armutsquote verhindert diese Falle, indem sie beide Aspekte betrachtet – Einkommensarmut und erhebliche materielle Entbehrungen (Grafik):

Im Jahr 2015 waren in der EU-28 durchschnittlich 4,2 Prozent der Bevölkerung einkommensarm und litten unter materiellen Entbehrungen.

Die Spanne reicht von 0,4 Prozent in Schweden über 3 Prozent in Deutschland bis 16,2 Prozent in Bulgarien.

Bei den Armutsindikatoren fällt eines auf: Ob Einkommensarmut, Deprivation oder konsistente Armut, besonders betroffen sind in der EU Menschen, die nicht aus einem EU-Land stammen, sowie Alleinerziehende, Menschen mit niedrigem Bildungsstand und, vor allem, Arbeitslose. Dieser Befund gilt für Deutschland genauso wie für die EU-28 insgesamt. So sind in der Bundesrepublik fast 27 Prozent der Arbeitslosen konsistent arm – neunmal so viele wie im Durchschnitt der Bevölkerung.

Der multidimensionale Armutsindex ist eine alternative Methode, Armut zu erfassen. Ursprünglich entwickelt vom indischen Ökonomen und Philosophen Amartya Sen, berücksichtigt dieser Ansatz nicht nur die Kriterien Einkommensarmut und Deprivation, sondern zusätzlich die Dimensionen Unterbeschäftigung, niedriges Bildungsniveau, starke Beeinträchtigungen im Wohnumfeld und gesundheitliche Einschränkungen.

Die Auswertungen für das Jahr 2015 zeigen (Grafik Seite 2):

In der EU-28 steht der multidimensionale Armutsindex bei

durchschnittlich 123 – die Spanne reicht von 59 in Schweden über 85 in Deutschland bis zu 233 in Bulgarien.

Die Bundesrepublik rangiert damit auf Platz acht der 28 EU-Länder, ihr Indexwert liegt gut 30 Prozent unter dem EU-Durchschnitt und 27 Prozent unter dem Mittelwert des Euroraums.

Zudem hat sich der deutsche Indexwert seit 2008 um 7,5 Prozent verringert. Dieser Trend ist zwar auch in 17 anderen EU-Ländern zu beobachten – insbesondere in Rumänien, Bulgarien, Slowenien und Polen, wo sogar Verbesserungen zwischen 20 und 30 Prozent erzielt werden konnten.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch zehn EU-Staaten, deren multidimensionaler Armutsindex sich seit 2008 verschlechtert hat. Größter Verlierer ist Griechenland mit einem Anstieg von mehr als 40 Prozent, gefolgt von Irland und Zypern mit je 28 Prozent. Die Krisenländer Spanien und Italien haben ebenfalls mit Armutszuwächsen von 18 beziehungsweise 11 Prozent zu kämpfen.

Das Konzept der konsistenten Armut und der multidimensionale Ansatz kommen im Großen und Ganzen zu ähnlichen Ergebnissen – diese unterscheiden sich allerdings sehr deutlich von dem Ranking, das sich nach dem Konzept der relativen Einkommensarmut ergibt.

Für die Armutsbekämpfung eignen sich die umfangreicheren Ansätze wesentlich besser als die Einkommensarmut allein. Ob sich die Politik eher am Konzept der konsistenten Armut orientiert oder den multidimensionalen Ansatz nach Sen bevorzugt, verändert zwar die Sichtweise auf Armut – für das praktische Handeln macht das aber keinen großen Unterschied.

Denn ein Vergleich der Armutsrisiken von Gering- und Hochqualifizier-

ten sowie von Arbeitslosen und Erwerbstätigen zeigt: Bildung und Erwerbstätigkeit sind die Schlüsselgrößen bei der Armutsbekämpfung.

Aus IW-Trends 1/2017

Christoph Schröder: Armut in Europa – Eine multidimensionale Betrachtung
iwkoeln.de/armut_europa


Konsistente Armut in Europa

So viel Prozent der Bevölkerung waren 2015 sowohl relativ einkommensarm, hatten also weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten Medianeinkommens pro Kopf zur Verfügung, als auch depriviert, konnten sich also aus finanziellen Gründen mindestens vier von neun Grundbedürfnissen nicht erfüllen. Kommt beides zusammen – Einkommensarmut und erhebliche materielle Entbehrungen –, spricht man von konsistenter Armut.

Schweden	0,4
Niederlande	1,1
Finnland	1,1
Luxemburg	1,3
Dänemark	1,9
Österreich	1,9
Frankreich	2,3
Vereinigtes Königreich	2,7
Tschechien	2,8
Estland	2,8
Irland	2,8
Slowenien	2,9
Deutschland	3,0
Belgien	3,8
Malta	3,8
Spanien	4,0
Polen	4,2
Slowakei	4,2
Portugal	5,4
Italien	5,6
Zypern	5,7
Kroatien	7,5
Litauen	8,0
Ungarn	8,1
Lettland	9,0
Griechenland	12,6
Rumänien	12,6
Bulgarien	16,2

Medianeinkommen: Eine Hälfte der Bevölkerung hat ein höheres Einkommen, die andere Hälfte ein niedrigeres; Irland: 2013/2014

Ursprungsdaten: Eurostat
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

„Der niederländische Wohlstand ist wesentlich dem freien Handel zu verdanken“ ★



Foto: privat

Niederlande. Seit jeher unterhalten die Niederlande enge wirtschaftliche Beziehungen zu Deutschland. Die anstehenden Parlamentswahlen werden daran voraussichtlich nichts ändern, auch wenn einige niederländische Parteien die EU kritisch sehen. Dies betont **Kees van Paridon**, Professor of Economics an der Erasmus-Universität Rotterdam und derzeit Gastprofessor am Zentrum für Niederlande-Studien an der Universität Münster, in seinem Kommentar für den iwd.



Die Niederlande erleben, ebenso wie Deutschland, seit einiger Zeit einen spürbaren wirtschaftlichen Aufschwung. Dieser stärkt die ohnehin engen Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern. Für die Niederlande ist die Bundesrepublik bei weitem der wichtigste Handelspartner: Die niederländische Wirtschaft liefert 23 Prozent ihrer Ausfuhren an deutsche Kunden. Umgekehrt stammen 17 Prozent der niederländischen Importe aus Deutschland.

Während deutsche Unternehmen zu 75 Prozent Industrieerzeugnisse in die Niederlande verkaufen, bestehen deren Exporte nach Deutschland nur zu 57 Prozent aus Industriewaren. Weitere 19 Prozent sind Energieerzeugnisse, 16 Prozent Agrarprodukte. Allerdings arbeiten niederländische Industrieunternehmen immer häufiger erfolgreich mit deutschen Firmen zusammen, beispielsweise im Automobilbau oder in der Produktion optischer Systeme.

Der Absatz niederländischer Produkte in Deutschland ist bislang stark auf Nordrhein-Westfalen konzentriert. Aus diesem Grund

haben die Niederlande in den vergangenen Jahren einige Initiativen ergriffen, um den Handel mit den anderen Bundesländern zu stärken. Nicht zuletzt hat das niederländische Königspaar zahlreiche Bundesländer besucht – im Februar waren König Willem-Alexander und Königin Máxima in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt zu Gast.

Im niederländischen Wahlkampf spielen die Handelsbeziehungen zu Deutschland zwar kaum eine Rolle. Einige generelle außenwirtschaftliche Fragen stehen jedoch durchaus im Fokus. Denn ein Teil der niederländischen Parteien äußert sich skeptisch zur europäischen Integration und auch zum Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada. Die kritischen Stimmen kommen unter anderem aus der Sozialistischen Partei und von GrünLinks. Die „Partei für Freiheit“ von Geert Wilders spricht sich sogar für den „Nexit“ aus. Die Mehrheit der Politiker ist allerdings nach wie vor pro EU und Freihandel eingestellt.

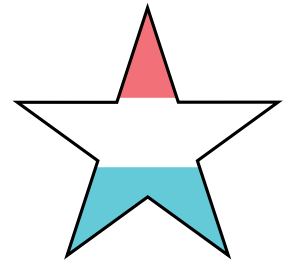
Die meisten Niederländer erkennen ebenfalls an, dass sie einen

großen Teil ihres Wohlstands dem freien Handel mit Waren und Dienstleistungen zu verdanken haben. Dennoch haben auch in den Niederlanden viele Menschen das Gefühl, dass die Globalisierung nicht für alle vorteilhaft ist.

Wichtig ist aber auch der Blick auf den Brexit. Derzeit gehen immerhin 9 Prozent der niederländischen Exporte ins Vereinigte Königreich. Dieser Handel dürfte unter dem Brexit leiden – ersten Schätzungen zufolge wird dies die Wirtschaftsleistung der Niederlande in den kommenden zehn Jahren um schätzungsweise 1,2 Prozent verringern. Es ist allerdings auch denkbar, dass die Niederlande – ebenso wie Deutschland – von möglichen Standortverlagerungen britischer Unternehmen profitieren.

Wie sich der deutsch-niederländische Handel künftig entwickelt, hängt darüber hinaus auch vom weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ab. Dass sich der Ausbau der für den Güterverkehr wichtigen Bahnstrecke zwischen Emmerich und Oberhausen möglicherweise erneut verzögert, ist insofern eine schlechte Nachricht.

Sorgen um die „Zorg“



Niederlande. Am 15. März wählen Deutschlands Nachbarn ein neues Parlament. Eigentlich hätten die Niederländer allen Grund, die amtierende Regierung zu bestätigen – schließlich ist die wirtschaftliche Lage gut. Doch die Wähler treibt ein anderes Thema um.

Wenn die knapp 13 Millionen stimmberechtigten Niederländer über die Vergabe der 150 Sitze in der Zweiten Kammer entscheiden, schaut ganz Europa genau hin. Denn in vielen Umfragen liegt der Populist Geert Wilders mit seiner Partij voor de Vrijheid (PVV) vorn. In seinem Wahlprogramm wettet Wilders nicht nur gegen den Islam, sondern fordert auch den „Nexit“, den Austritt der Niederlande aus der EU.

Dass gerade letztere Forderung gut ankommt, mag man angesichts der positiven Wirtschaftslage kaum glauben (Grafik):

Im vergangenen Jahr ist das niederländische Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 2,1 Prozent gewachsen.

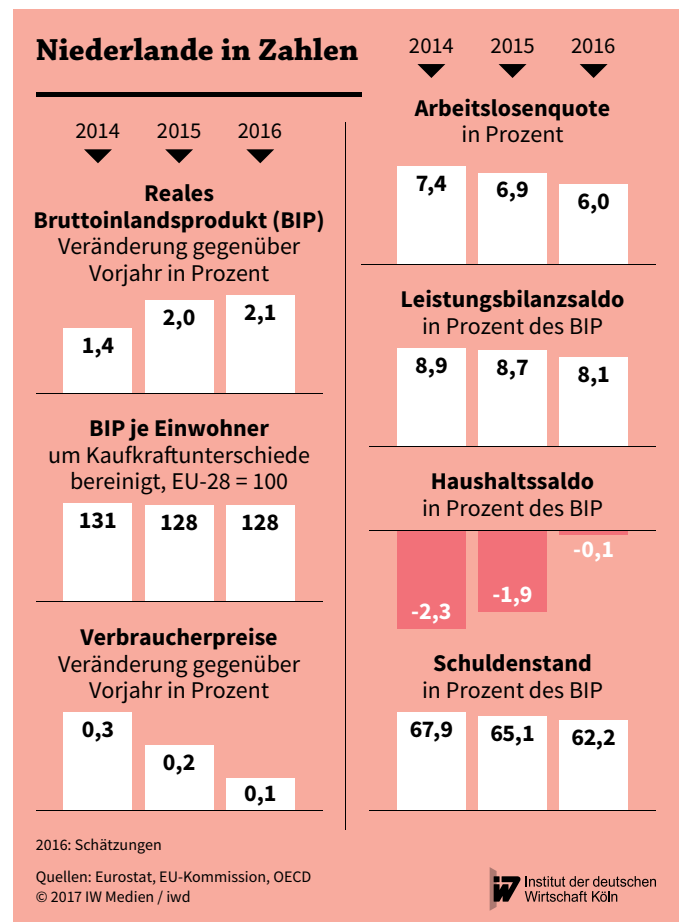
Damit legte die Wirtschaftsleistung deutlich stärker zu als im Durchschnitt der Euroländer (plus 1,7 Prozent). Zudem dürfte die Arbeitslosenquote laut EU-Kommission bis 2018 unter 5 Prozent sinken.

Und auch wenn das aktuelle Wachstum vor allem von den Investitionen und dem privaten Konsum getragen wird, basiert die Stärke der niederländischen Wirtschaft nicht zuletzt auf dem Außenhandel (siehe Seite 4). Die Exporte erreichten im Jahr 2016 einen Wert von knapp 434 Milliarden Euro – gut 72 Prozent davon entfielen auf Lieferungen in andere EU-Länder.

Die Niederländer profitieren also zweifelsohne von den offenen Handelsgrenzen innerhalb der EU – und stehen auch sonst den Errungenschaften der Gemeinschaft sehr positiv gegenüber:

Dem aktuellen Eurobarometer der EU-Kommission zufolge sind 77 Prozent der Niederländer für den Euro, und 84 Prozent begrüßen die Freizügigkeit der EU-Bürger innerhalb des Binnenmarktes.

Auch ihre Haltung gegenüber Einwanderern ist weniger skeptisch als im EU-Durchschnitt. All dies kann die Umfrageerfolge der Populisten – und die Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien – im Nachbarland also nicht erschöpfend erklären.



Eine größere Rolle dürfte das Thema „Gesundheit und soziale Sicherung“ spielen – für 49 Prozent der Niederländer ist dies das wichtigste Problem in ihrem Land. Und auch laut Meinungsforschungsinstitut Ipsos treibt die Zukunft der „Zorg“, also des Gesundheitssystems, die Wähler zwischen Amsterdam und Maastricht derzeit am meisten um.

Zwar ist das niederländische Gesundheitssystem internationalen Studien zufolge das beste in Europa – es gehört aber auch zu den teuersten. Da mag es für viele Wähler verlockend klingen, dass Herr Wilders mehr Geld für Gesundheit und Pflege verspricht. Wie er das finanzieren will, sagt er allerdings nicht.

Die Währungsunion ist krisenfester, als viele denken

Eurozone. Die Schuldenkrise der Euroländer ist zwar noch nicht ausgestanden. Doch einen gemeinsamen Haushalt, wie ihn manche Politiker fordern, braucht die Eurozone deshalb nicht. Der Ruf nach einer solchen Transferunion verkennt, dass viele südeuropäische Länder mittlerweile Reformen umgesetzt haben, die an den zentralen Krisenursachen ansetzen und die Anpassungsfähigkeit dieser Staaten deutlich verbessern.

Es ist wieder so weit: Wie in jedem einzelnen Jahr seit 2010 streiten sich Griechenland und seine internationalen Geldgeber über die Auszahlung der nächsten Hilfsmilliarden. Für Euro-Skeptiker ist das Grund genug, einmal mehr die Auflösung der Währungsunion zu fordern. Andere setzen auf mehr fiskalische Integration: Um jene Länder finanziell zu unterstützen, die mit den Auswirkungen einer Rezession überfordert sind, wollen einige Politiker einen gemeinsamen Haushalt für den Euroraum einrichten.

Auf den ersten Blick erscheint diese Idee zumindest diskutabel, haben doch die einzelnen Staaten in einer Währungsunion, sprich bei einer einheitlichen Geld- und Währungspolitik, nicht mehr die Chance, auf ökonomische Probleme mit einer Abwertung ihrer Währung zu reagieren – ihnen fehlt also ein wichtiger Anpassungsmechanismus.

Doch abgesehen davon, dass die europäische Finanzaufsicht – im Gegensatz zur Geldpolitik – sehr wohl länderspezifisch agieren kann, gibt es auch alternative Anpassungsmechanismen. Und die funktionieren mittlerweile recht gut:

Strukturreformen. Von Anfang an wurde mit Blick auf die Währungs-

union kritisiert, dass ihre Mitglieder wirtschaftlich zu verschieden seien und von ökonomischen Schocks entsprechend unterschiedlich hart getroffen würden. Bei dieser – grundsätzlich richtigen – Diagnose wird jedoch übersehen, dass die südeuropäischen Krisenländer im Zuge der Krise stärker reformiert haben als die Nordeuropäer, wie das Beispiel Arbeitsmarkt zeigt:

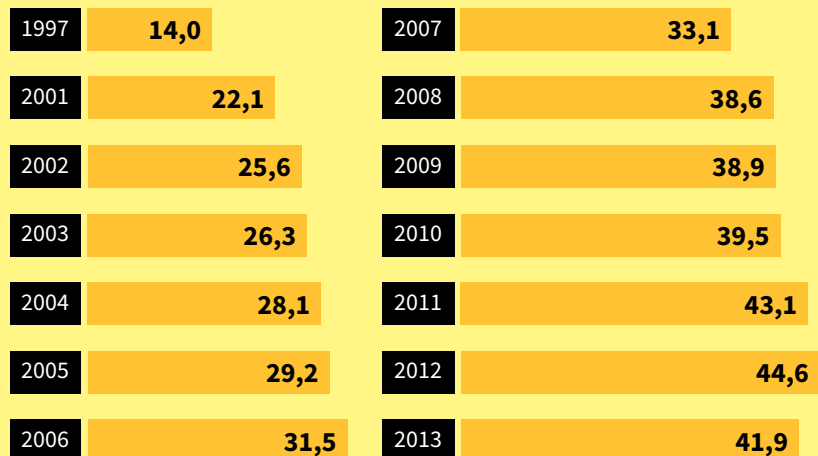
Portugal und Griechenland gehören zu den drei OECD-Län-

dern, die ihre Arbeitsmärkte von 2008 bis 2013 am stärksten dereguliert haben – Deutschland aber hat seine Regulierungsdichte erhöht und steht sogar schlechter da als die beiden Südländer.

Noch besser lief die Deregulierung auf den Produktmärkten: Hier landen mit Portugal, Italien und Griechenland gleich drei Krisenländer auf dem Siegertreppchen. Die Divergenzen zwischen Süd- und Nordeuropa sind folglich deutlich

Euroraum: Mehr Finanzintegration

So viel Prozent der Aktien, die von Emittenten im Euroraum ausgegeben wurden, werden in anderen Ländern des Euroraums gehalten



Quelle: EZB
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

kleiner geworden. Das ist für eine Währungsunion essenziell, denn strikte Regulierungen gehen oft mit relativ starren Löhnen und Preisen einher und schwächen diesen wichtigen Anpassungsmechanismus.

Lohn- und Preisflexibilität.

Wenn ein Land in einer Krise seine Währung nicht mehr abwerten kann, muss es an einer anderen Schraube drehen: Die Preise müssen runter oder zumindest deutlich schwächer steigen – das gilt für Waren, Dienstleistungen und Arbeit.

Anders als gemeinhin angenommen, war es um die Lohnflexibilität im Euroraum schon vor der Krise gut bestellt. Und zwischen 2008 und 2011, also mitten in der globalen Finanzkrise, reagierten die Löhne auf die gestiegene Arbeitslosigkeit sogar ähnlich flexibel wie in den USA, die als Dollar-Währungsunion oft als Vorbild für Europa gelten. Das belegt das Beispiel Portugal (Grafik):

Im Krisenjahr 2011 mussten 79 Prozent der portugiesischen Vollzeit Arbeitnehmer reale Lohnsenkungen hinnehmen.

Die Strukturreformen werden diesen Anpassungsmechanismus in Südeuropa weiter stärken. Auch Reformen in den Lohnfindungssystemen tragen dazu bei, dass sich die Beschäftigung und die Wettbewerbsfähigkeit wieder erholen.

Arbeitskräftemobilität. Sich an eine Krisensituation anzupassen, das geht auch auf dem Arbeitsmarkt – indem sich Arbeitslose aus den entsprechenden Ländern vorübergehend einen Job in einem anderen Mitgliedsstaat des Währungsraums suchen. Zwar werden längerfristige Wanderungsbewegungen im Euroraum wegen der sprachlichen, kulturellen und rechtlichen Hürden weiterhin deutlich geringer bleiben als in den USA. Aber die Funktionsfähigkeit einer Währungsunion hängt vor allem von der kurzfristigen


Euroraum: Löhne flexibler als gedacht

So viel Prozent der Vollzeit Arbeitnehmer mussten gegenüber dem jeweiligen Vorjahr nominale und reale Lohnsenkungen hinnehmen

	Spanien		Portugal		Italien		zum Vergleich: das Nicht-Euroland Vereinigtes Königreich	
	nominal	real	nominal	real	nominal	real	nominal	real
2004	37	50	0	51	33	45	22	32
2005	39	48	8	25	31	45	18	25
2006	33	46	25	34	21	34	21	33
2007	34	43	33	41	41	54	20	44
2008	39	51	30	45	29	49	18	47
2009	40	38	k.A.	k.A.	39	45	19	29
2010	47	59	48	55	35	46	24	65
2011	44	57	74	79	37	58	24	60

Italien, Vereinigtes Königreich: offizielle Daten; Spanien, Portugal: Umfragedaten

Quelle: Verdugo, Gregory (2016)
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Mobilität ab – und auch die war im Euroraum in der Krise ähnlich hoch wie in den USA, wie Studien belegen.

Das lag vor allem an der Mobilität jener Zugewanderten, die nicht aus dem Euroraum, sondern zum Beispiel aus Mittel- und Osteuropa stammen. Doch auch die Wanderungsbereitschaft der heimischen Arbeitskräfte hat sich verbessert.

Finanzintegration. Auch eine starke grenzüberschreitende Finanzintegration hilft, ökonomische Schocks in einzelnen Mitgliedsstaaten einer Währungsunion abzufedern. Das Prinzip dahinter: Wenn ausländische Investoren langfristig in einem Land engagiert sind, werden sie in einer Krise zum Beispiel an den Kursverlusten auf dem Aktienmarkt beteiligt oder sie vergeben Kredite, mit denen der Konsum in diesem Land aufrechterhalten werden kann, auch wenn dort die Einkommen vorübergehend einbrechen.

Zwar hat dieser Anpassungsmechanismus in der Euro-Schuldenkrise in wichtigen Aspekten versagt – so kam es etwa zu Abzügen von kurzfris-

tigen Interbankenkrediten. Gleichwohl ist die längerfristige Finanzintegration im Euroraum inzwischen stärker ausgeprägt als gemeinhin angenommen (Grafik Seite 6):

Der Anteil von Aktien, die von Emittenten im Euroraum ausgegeben wurden und in anderen Euroländern gehalten werden, ist von 14 Prozent im Jahr 1997 auf 42 Prozent im Jahr 2013 gestiegen.

So schwerwiegend die Folgen der Euro-Schuldenkrise auch waren oder immer noch sind – letztlich war die Krise auch eine Chance. Denn sie hat jenen Druck erzeugt, der offenbar nötig war, um die Funktionsprobleme der Währungsunion abzubauen. Heute spricht vieles dafür, dass der Euro auch ohne weitere fiskalische Integration eine Zukunft hat.

IW-Analysen Nr. 110

Jürgen Matthes, Anna Iara, Berthold Busch: Die Zukunft der Europäischen Währungsunion – Ist mehr fiskalische Integration unverzichtbar?

iwkoeln.de/fiskalische-integration

Tiefe Kluft zwischen den Ländern

Forschungsausgaben. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung unterscheiden sich zwischen den Bundesländern erheblich. Während der Süden der Republik in die internationale Spitze vorstößt, fällt Nordrhein-Westfalen wegen seiner verfehlten Forschungspolitik zurück.

In Deutschland flossen 2014 fast 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Forschung und Entwicklung (FuE) – eine klare Steigerung seit 2009 (siehe iwd 1/2017). Das Bundesländergefälle ist allerdings groß (Grafik):

In Baden-Württemberg haben Unternehmen, Hochschulen und Staat 2014 zusammen 4,9 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investiert – deutlich mehr als jedes andere Bundesland.

Bestünde die Bundesrepublik nur aus dem Ländle, läge sie international weit vorn. Zum Erfolg Baden-Württembergs tragen unter anderem Innovationsgutscheine bei. Sie schaffen Anreize für kleine und mittlere Unternehmen, sich gemeinsam mit Forschungseinrichtungen an Innovationsprojekte heranzuwagen, die sie alleine nicht stemmen könnten. Hinzu kommt die Cluster- und Netzwerkförderung, etwa im Bereich der Softwareinnovationen für digitale Unternehmen.

Ganz anders sieht es in Nordrhein-Westfalen aus, dessen FuE-Anteil an der Wirtschaftsleistung zuletzt sogar gesunken ist. Das Land hinkt hinterher:

Im Jahr 2014 lag Nordrhein-Westfalen mit 41 Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 60. Nummer eins war wiederum Baden-Württemberg mit 137.

Ein Grund für die Innovationsschwäche NRW, das in den vergangenen Jahren ohnehin die Herausforderungen des Strukturwandels verschlafen hat, ist seine Forschungsstrategie „Fortschritt NRW“, die sich auf politisch vorgegebene Bereiche konzentriert – vor allem auf den Klimaschutz und den nachhaltigen Anbau von Nahrungsmitteln. Stiefmütterlich behandelt werden dagegen zum Beispiel der Fahrzeugbau – gemessen an der Innovationskraft die bedeutsamste Branche – und die Mikrosystemtechnik, einer der wenigen erfolgversprechenden Industriecluster des Ruhrgebiets.

Zudem erschwert das NRW-Hochschulzukunftsgesetz die Forschungsk Kooperationen zwischen Unternehmen und Hochschulen. Dem Entwurf zufolge hätten Unis und FHs, die Drittmittel aus der Wirtschaft bekommen

wollten, bei diesen Kooperationen sämtliche Informationen offenlegen sollen (siehe iwd 5/2014). Nach Protesten wurde das Gesetz zwar überarbeitet, dennoch ist viel Vertrauen in den Innovationsstandort NRW verloren gegangen.

Das Ländle forscht

Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in Prozent der Wirtschaftsleistung im Jahr 2014

	Wirtschaft	Hochschulen	Staat und private Institutionen ohne Erwerbszweck	Insgesamt
Baden-Württemberg	3,96	0,51	0,44	4,91
Berlin	1,52	0,93	1,18	3,64
Bayern	2,45	0,42	0,30	3,17
Niedersachsen	2,03	0,53	0,40	2,96
Hessen	2,22	0,41	0,26	2,88
Bremen	1,05	0,70	1,08	2,83
Sachsen	1,14	0,80	0,72	2,66
Hamburg	1,34	0,51	0,49	2,33
Thüringen	1,06	0,61	0,50	2,17
Rheinland-Pfalz	1,60	0,42	0,14	2,16
Nordrhein-Westfalen	1,13	0,52	0,33	1,98
Mecklenburg-Vorpommern	0,49	0,69	0,73	1,91
Brandenburg	0,46	0,36	0,79	1,61
Schleswig-Holstein	0,78	0,37	0,40	1,55
Sachsen-Anhalt	0,44	0,55	0,50	1,48
Saarland	0,57	0,43	0,41	1,41

Intellektuelle essen gesünder

Biolebensmittel. Es ist längst nicht nur ein gut gefülltes Bankkonto, das die Bundesbürger zu ökologisch erzeugten Nahrungsmitteln greifen lässt. Auch die Lebenseinstellung, das Bildungsniveau und das Alter beeinflussen das Einkaufs- und Ernährungsverhalten, wie eine IW-Auswertung zeigt.

Ökolebensmittel mögen zwar nur eine Nische in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelbranche sein, dafür aber eine kontinuierlich wachsende. Fleisch von Tieren, die artgerecht gehalten werden, sowie Obst und Gemüse, das von glyphosatfreien Äckern stammt, liegt im Trend:

Die Verbraucher in Deutschland gaben 2016 rund 9,5 Milliarden Euro für Biolebensmittel aus – 10 Prozent mehr als im Vorjahr.

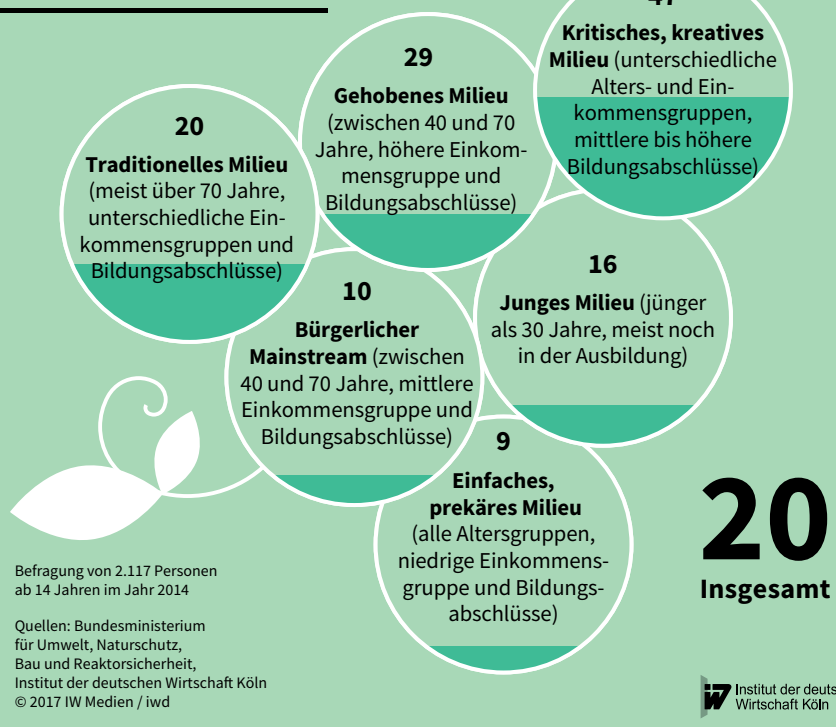
Dass die Käufer von veganem Ökowein und schwarzer Johannisbeer-Rosmarin-Biolimonade tendenziell höheren Einkommensklassen angehören, ist nicht neu. Spannend ist aber, welche sozialen Milieus der Biokost besonders zugetan sind. Dies hat nun das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) untersucht und dabei festgestellt, dass nicht nur der Geldbeutel über die Ernährungsgewohnheiten entscheidet.

So hat vor allem das kritisch-kreative Milieu, also Personen, die weltoffen, unabhängig und intellektuell versiert sind, ein Faible für Biolebensmittel – obwohl längst nicht alle von ihnen zu den oberen Einkommensgruppen gehören:

Knapp 7 Prozent des kritisch-kreativen Milieus kaufen immer

Jeder Fünfte isst öko

So viel Prozent dieser Bevölkerungsgruppen kaufen immer oder oft Biolebensmittel



ökologisch hergestellte Nahrungsmittel ein, weitere 40 Prozent tun dies oft.

Zum Vergleich: Im Bundesdurchschnitt – also über alle Milieus hinweg – packen lediglich 20 Prozent immer oder oft Biolebensmittel in ihren Einkaufskorb (Grafik).

Zweitgrößter Biolebensmittelnachfrager mit knapp 30 Prozent sind die üblichen Verdächtigen: das gehobene Milieu. Rund 8 Prozent von ihnen geben an, sogar ausschließlich ökologisch erzeugte Lebensmittel zu kaufen. Personen, die zum gehobenen Milieu zählen, stehen finanziell gut da, haben einen höheren Bildungsabschluss und sind leistungsorientiert. Außerdem sind ihnen Qualität und Effizienz wichtig.

Dass aber längst nicht immer der Preis und das Einkommen entscheiden, zeigt das Einkaufsverhalten der jungen Leute: Die unter 30-Jährigen, die oft noch in der Ausbildung stecken und vergleichsweise wenig Geld haben, kaufen häufiger Biolebensmittel als der bürgerliche Mainstream. Obwohl die 40- bis 70-Jährigen des bürgerlichen Mainstreams der mittleren Einkommensgruppe angehören, ist ihr Kostenbewusstsein ausgeprägter als dasjenige anderer Milieus.

IW-Kurzbericht 16/2017

Adriana Neligan, Theresa Eyerund:
In der kreativen Nische kommt Bio-Essen auf den Tisch
iwkoeln.de/biolebensmittel

Eklatante Nachwuchssorgen

Unternehmensnachfolge. Jedes Jahr stehen in Deutschland annähernd 30.000 Betriebe, die sich in der Hand von Einzelunternehmern oder Familien befinden, zur Übergabe an. Doch die Firmenchefs tun sich mit der Suche nach einem passenden Nachfolger oftmals schwer – auch, weil Kinder und Enkel häufig keine Lust haben, ins Familiengeschäft einzusteigen.

In Deutschland gibt es rund 3,75 Millionen Unternehmen – 94 Prozent davon befinden sich in der Hand von Einzelunternehmern oder Familien. Lässt man die Kleinstbetriebe außen vor, also Einzelunternehmer ohne feste Angestellte, die zu klein für eine Übergabe sind, dann müssen aus Alters- oder Krankheitsgründen des Inhabers jährlich knapp 30.000 Unternehmen übergeben werden.

Doch viele Seniorchefs tun sich schwer mit der Suche nach einem passenden Nachfolger. Während es früher mehr oder weniger selbstverständlich war, dass ein Betrieb über Generationen in der Familie blieb, ist dies heute nicht mehr so:

Mittlerweile werden nur noch vier von zehn inhabergeführten Unternehmen innerhalb der Familie übertragen.

Für diese Entwicklung gibt es im Wesentlichen zwei Gründe. Zum einen gibt es öfter keinen Nachwuchs innerhalb der Familie, an den der Betrieb weitergereicht werden könnte. Und falls doch, haben Kinder, Enkel und andere Verwandte häufig andere Berufswünsche und Vorstellungen als den Einstieg in die Familienfirma.

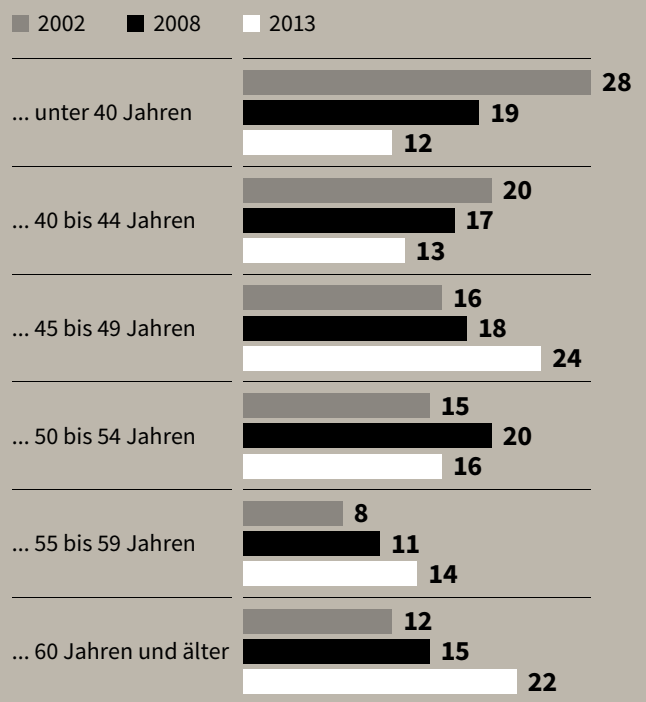
Weil sich die Nachfolge heutzutage komplizierter gestaltet als früher, bleiben viele Firmenlenker länger am Steuer als geplant. So hat die Förderbank KfW festgestellt, dass mittlerweile deutlich mehr Unternehmer ans Rentenalter heranrücken, als das noch vor ein paar Jahren der Fall war (Grafik):

Während 2002 erst 12 Prozent der mittelständischen Unternehmer älter als 60 Jahre waren, sind es mittlerweile 22 Prozent.

Und mit 14 Prozent gehören heute auch deutlich mehr Unternehmenslenker zur Altersklasse der 55- bis 59-Jährigen als im Jahr 2002 – damals waren es lediglich 8 Prozent. Zählt man beide Altersgruppen zusammen, dann ist unterm Strich inzwischen mehr als jeder dritte

Mittelständler meist mittelalt

So viel Prozent der mittelständischen Unternehmen in Deutschland gehören Firmeninhabern im Alter von ...



Quelle: KfW Research
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

mittelständische Firmeninhaber ein sprichwörtlicher „Senior-Chef“.

Hinzu kommt: Das Nachfolgedilemma wird größer. Denn viele Unternehmer aus den geburtenstarken Jahrgängen Anfang der 1960er Jahre werden sich ab 2020 dem Ruhestandsalter nähern. Damit wird der demografische Wandel den Mangel an Nachfolgern in ein paar Jahren noch zuspitzen.

Bereits heute gibt es große Unterschiede auf regionaler Ebene (Grafik):

Während in den neuen Bundesländern bislang nur wenige Betriebe vor der Übergabe stehen, kommen Nordrhein-Westfalen und Bayern zusammen auf fast 40 Prozent aller übergabereifen Unternehmen.

Dass sich in Ostdeutschland verhältnismäßig wenige Übernahmekandidaten befinden, hat vor allem historische Gründe: Aufgrund der Gründungswelle nach 1990 sind die Unternehmer im Osten überwiegend jünger als die im Westen. Außerdem sind die Firmen in den neuen Bundesländern im Durchschnitt kleiner und brauchen daher seltener einen Nachfolger. Denn Forscher des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn gehen davon aus, dass für Kleinbetriebe, die einen Jahresumsatz von weniger als 100.000 Euro erzielen, eine Übertragung wirtschaftlich nicht sinnvoll ist.

Wie finden nun aber die jährlich knapp 30.000 übergabewilligen Unternehmer, von denen mindestens 60 Pro-

zent aktiv nach einem Nachfolger suchen müssen, einen geeigneten Kandidaten? Hilfreich dürfte es in den meisten Fällen sein, einen professionellen Berater hinzuzuziehen. Die Industrie- und Handelskammern beispielsweise bieten Beratungen zum Thema Unternehmensnachfolge an; und seit 2010 verzeichnen sie eine steigende Nachfrage: Im Jahr 2015 nahmen bundesweit fast 6.500 Seniorunternehmer an einer Beratung teil, fünf Jahre zuvor waren es nur rund 4.000.

In einem geringfügig längeren Zeitraum – nämlich zwischen 2009 und 2015 – hat sich allerdings auch die Zahl der potenziellen Nachfolger, die einen IHK-Kurs zur Unternehmensnachfolge besuchten, dramatisch reduziert: von 8.500 auf lediglich 5.000. Und seit 2012 sitzen in den IHK-Beratungen mehr Seniorunternehmer, die einen Nachfolger suchen, als Kandidaten, die eine Firma übernehmen wollen.

Doch es ist nicht nur der Mangel an willigen Jungunternehmern, der die Nachfolgefrage für Betriebsinhaber so schwierig macht. Offenbar stehen sich die Seniorchefs oft genug auch selbst im Weg:

Rund 44 Prozent der übergabebereiten Firmenlenker fordern einen überhöhten Kaufpreis, schätzen die IHK-Experten.

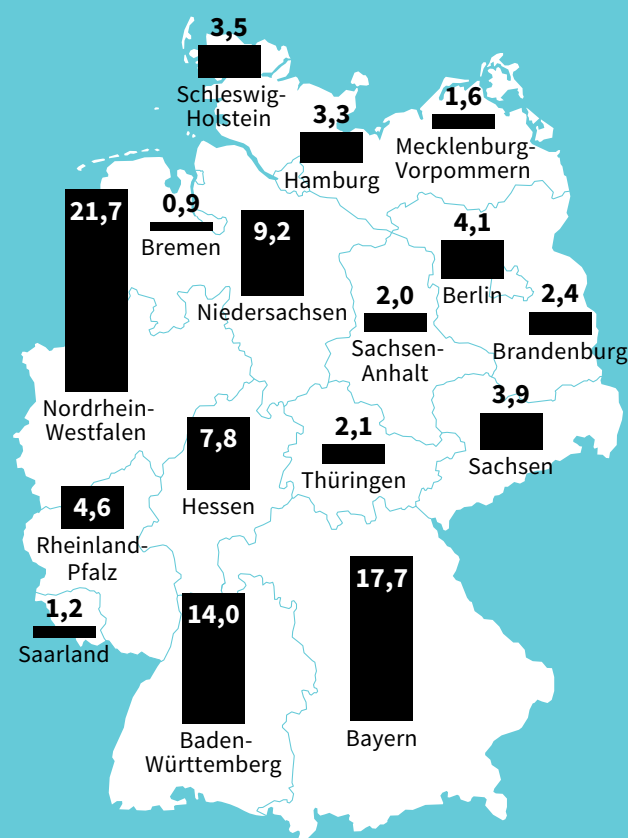
Aus Sicht der Seniorunternehmer ist dies zwar verständlich – sie wollen ihr Lebenswerk gewürdigt wissen und versuchen darüber hinaus, durch den Verkauf eine möglichst gute Altersabsicherung zu erzielen. Für Kaufinteressenten aber zählt allein die Ertragskraft eines Unternehmens. Und die ist häufig nicht so rosig, wie manche Patriarchen glauben. Das hat mehrere Ursachen:

- Mit zunehmendem Alter des Seniorchefs werden häufig auch die Investitionen in das Familienunternehmen zurückgefahren – mit weitreichenden Konsequenzen: Die betriebliche Ausstattung ist nicht mehr up to date, neue Geschäftsfelder bleiben unerschlossen.
- Zusammen mit dem Seniorunternehmer altert häufig auch der Kundenstamm – und droht wegzubrechen.

Damit es in solchen Fällen dennoch zu einer erfolgreichen Firmenübergabe kommen kann, ist es Aufgabe des Beraters, die Erwartungen der Verhandlungspartner an die Realität anzupassen. Mittlerweile gibt es auch eine Reihe von Internetportalen wie nnext-change.org, die beim „Matching“ helfen können. Damit Unternehmensübergaben besser gelingen, sollten verschiedene Wege wie Internetbörsen und Beratungsgespräche kombiniert werden. Denn immerhin 45 Prozent der älteren Firmenlenker geben in den IHK-Beratungen an, dass sie trotz Suche keinen passenden Nachfolgekandidaten gefunden haben.

Unternehmensübergaben in Deutschland

So viel Prozent der Unternehmen, die zwischen 2014 und 2018 zur Übergabe anstanden beziehungsweise anstehen, befinden sich in ...



Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe
(verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf,
Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis:
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,
inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag:
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die
elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de

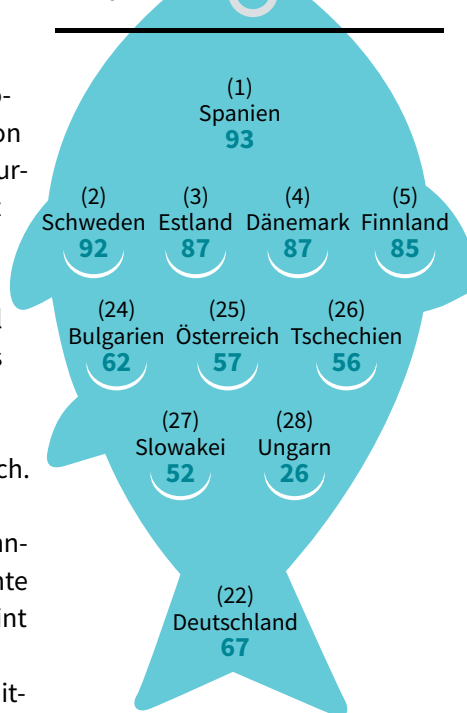
iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.

Top-Liste: Dicke Fische

Für A wie Austern bis Z wie Zander haben die europäischen Haushalte im Jahr 2015 rund 54 Milliarden Euro ausgegeben. Doch nicht alle Europäer schätzen Fisch und Meeresfrüchte gleichermaßen. Die Europäische Kommission, die jüngst ein Eurobarometer zur Konsumentennachfrage von Fischereierzeugnissen und Aquakulturprodukten veröffentlicht hat, kommt zu dem Ergebnis, dass Spanier und Skandinavier besonders häufig auf diese proteinreichen Nahrungsmittel zurückgreifen. Ganz anders halten es die Bürger einiger ehemaliger Ostblockstaaten – vor allem die Ungarn verzehren vergleichsweise selten Fisch. Die Nähe zum Meer mag bei den unterschiedlichen Ernährungsgewohnheiten eine große Rolle spielen, könnte man vermuten. Doch das allein scheint kein ausreichender Grund für die Abneigung gegen maritime Lebensmittel zu sein – schließlich gehören die drei Länder Bulgarien, Deutschland und Italien zu den Top Ten der Fischverweigerer, obwohl sie allesamt am Meer liegen.

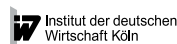
Europa am Haken

So viel Prozent der Einwohner in ... essen mindestens einmal im Monat Fischereierzeugnisse oder Aquakulturprodukte



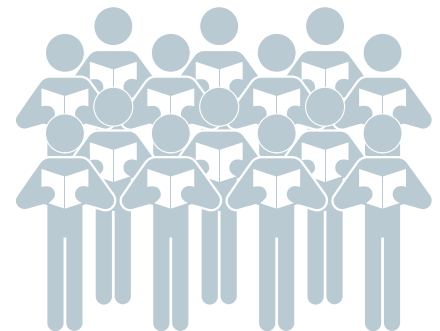
(): Rangplatz in der EU; Befragung von insgesamt 27.818 Bürgern in den 28 EU-Mitgliedsstaaten im Juni 2016

Quelle: Europäische Kommission
© 2017 IW Medien / iwd



Zahl der Woche

3,1



Millionen Menschen

in Deutschland singen in ihrer Freizeit in einem Chor oder spielen in einem Orchester – sei es im Verein oder in der Kirche. Das sind 38 Personen je 1.000 Einwohner. Die Zahl der Berufsmusiker lag im Jahr 2015 dagegen nur bei rund 64.000, wobei der Anteil der Instrumentalisten 82 Prozent betrug.

Neu auf iwd.de: Warum das Zurückdrehen der Agenda-2010-Reformen unsinnig ist

SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz hat sich dafür ausgesprochen, die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds zu verlängern und die Regulierung der Befristung zu verschärfen. Warum das Zurückdrehen der Agenda-2010-Reformen ökonomisch nicht sinnvoll ist, erläutert IW-Arbeitsmarktexperte Holger Schäfer auf iwd.de.

